

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

24. November 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Bundesregierung stellt im aktuellen Fortschrittsbericht 2014 vom 01.11.14 fest, dass sich die Sicherheitslage im Vergleich zum letzten Fortschrittsbericht nicht entscheidend verändert habe. Den regierungsfeindlichen Kräften sei es jedoch gelungen, ihre Handlungsfähigkeit insbesondere in den ländlichen, vornehmlich paschtunisch geprägten traditionellen Kernräumen zu erhöhen.

Ab Januar 2015 sollen sich bis zu 850 Bundeswehrsoldaten an dem NATO-geführten Einsatz „Resolute Support Mission“ beteiligen.

In der vergangenen Woche führten die afghanischen Sicherheitskräfte mehrere Operationen gegen Aufständische durch. Betroffen waren die Provinzen Zabul, Kandahar, Farah, Uruzgan, Ghazni, Khost, Sar-e-Pul, Nangarhar, Takhar, Kunduz, Faryab, Kunar, Logar, Parwan, Paktika und Helmand.

Weiterhin kam es zu Anschlägen und Überfällen, bei denen auch Zivilisten zu Opfern wurden. So hielten Taliban am 17.11.14 in der westlichen Provinz Farah einen Bus mit Zivilisten an und erschossen vier von ihnen. Am 18.11.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag der Taliban in einem von ausländischen Firmen genutzten Areal der Hauptstadt Kabul (Tarakhel) neben den zwei Angreifern zwei afghanische Wachleute getötet sowie drei afghanische Zivilisten und ein Ausländer verletzt. In der südöstlichen Provinz Khost starb eine Frau, nachdem ihr Fahrzeug von einem an der Straße versteckten Sprengsatz getroffen wurde. 13 Zivilisten erlitten Verletzungen. Im Distrikt Baghlan-e-Markazi der nordostafghanischen Provinz Baghlan wurden mindestens 20 Zivilisten verletzt, als während eines Buzkashi-Spiels eine Bombe explodierte. Am 20.11.14 überfielen Taliban ein von Ausländern bewohntes Gästehaus im Osten der Hauptstadt Kabul. Dabei wurde neben den vier Angreifern ein Wächter getötet und einer verletzt. In der westlichen Provinz Farah brannten Aufständische eine Mädchenschule nieder. In Asadabad, der Hauptstadt der östlichen Provinz Kunar, wurde ein Schüler bei einem Raketenangriff getötet, sechs wurden verletzt. Am 23.11.14 starben sechs Zivilisten bei einem Bombenanschlag auf einen Markt in Khost (Osten). Im Distrikt Injil (Herat, Westen) wurde ein Polizeichef bei einem Bombenanschlag getötet. Ebenfalls am 23.11.14 sprengte sich ein Selbstmordattentäter während eines Volleyballturniers in der südöstlichen Provinz Paktika in die Luft. Dabei starben mindestens 45 Menschen, etwa 80 wurden verletzt.

Öffentliche Auspeitschung

Am 18.11.14 wurde im Distrikt Kohistani der zentralafghanischen Provinz Kapisa ein junges Paar wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs von einem staatlichen Gericht zu 100 Peitschenhieben verurteilt und die Strafe öffentlich vollzogen.

Pakistan

Todesstrafen nach „Ehrenmord“

Nachdem am 27.05.14 eine schwangere 25-jährige von Familienmitgliedern in Lahore öffentlich gesteinigt worden war (vgl. BN v. 02.06.14), wurden am 19.11.14 der Vater des Opfers, zwei Brüder und der angebliche Ehemann als Täter zum Tode verurteilt. Frauenrechtsorganisationen schätzen, dass jedes Jahr etwa 1.500 Frauen sog. Ehrenmorden zum Opfer fallen.

Irak

Anschlag in autonomer Kurdenregion

Bei einem Selbstmordanschlag in Erbil wurden am 19.11.14 mindestens vier Menschen getötet. Der Attentäter zündete den Sprengstoff an der Einfahrt des Regierungssitzes, nachdem er versucht hatte, auf das von hohen Schutzmauern umgebene Gelände zu gelangen. Der Islamische Staat (IS) hatte auch mit Anschlägen in der KRG-Region gedroht. Zum Anschlag bekannte sich bislang allerdings niemand. Die irakischen kurdischen Peshmerga unterstützen die syrischen Kurden in der umkämpften Grenzstadt Kobane im Norden Syriens.

Einen größeren Anschlag in Erbil gab es zuletzt am 29.09.13, als Extremisten einen Anschlag auf das Hauptquartier der Asayesh-Sicherheitskräfte verübten. Dabei wurden sieben Menschen getötet und mehr als 60 verletzt.

Belagerungsring der Erdölraffinerie in Baiji durchbrochen

Am 18.11.14 haben irakische Sicherheitskräfte eigenen Angaben zufolge den Belagerungsring der größten Erdölraffinerie des Iraks in der Nähe der Stadt Baiji durchbrochen und in die Anlage eindringen können. Alle Minen und Sprengsätze des IS im Umfeld der Anlage hätten entfernt werden können. Die Ölraffinerie befand sich in den vergangenen fünf Monaten unter Kontrolle des IS.

Angriffe in der Provinz Anbar

Bei einem Angriff des IS in der Nähe der Stadt Ramadi (Provinz Anbar) sollen am 22.11.14 rund 20 Stammeskämpfer getötet worden sein. Zum Vorfall gibt es unterschiedliche Angaben. Polizeiangaben zufolge sollen Kämpfer der Stämme Albu Mahal und Albu Fahad belagert worden sein, bis diesen die Munition ausgegangen sei. Danach seien 23 Kämpfer von Jihadisten hingerichtet worden. Angaben eines Kommandanten einer Stammesmiliz zufolge seien 15 Jihadisten in den Ort eingedrungen. Sie hätten sich als Studenten ausgegeben, Waffen erhalten und 25 Mitglieder des Albu-Fahad-Stammes getötet. Angaben des irakischen Verteidigungsministeriums zufolge sei es zu schweren Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Stammesmilizen einerseits und Jihadisten andererseits gekommen. Am 21.11.14 habe der IS eine großangelegte Offensive gestartet, um Ramadi vollständig unter seine Kontrolle zu bringen.

Kämpfe in der Provinz Diyala

Laut einer Pressemeldung haben kurdische Peshmerga-Kämpfer am 23.11.14 einen Großteil der Stadt Jalawla (Provinz Diyala) sowie ein nahes Militärlager befreien können. IS-Kämpfer hatten die Stadt Anfang August erobert.

Todesurteil gegen sunnitischen Politiker

Laut dpa vom 23.11.14 wurde der ehemalige sunnitische Parlamentsabgeordnete Ahmad al-Alwani am 23.11.14 zum Tode verurteilt. Ihm sei vorgeworfen worden, zu Protesten gegen die schiitisch geführte Regierung aufgerufen zu haben. Al-Alwani stamme aus der Provinz Anbar und sei im Jahr 2013 bei einer Razzia verhaftet worden. Gegen das Urteil könne Berufung eingelegt werden.

Türkei

Militärhilfe für den Irak

Vergangene Woche hat die türkische Regierung dem Irak im Kampf gegen den IS militärische Unterstützung angeboten. Iraks Ministerpräsident Haider al-Abadi erklärte am 20.11.14, seine Regierung werde dies prüfen. Man wolle diskutieren, ob eine Ausbildung von Kämpfern der geplanten irakischen Nationalgarde in der Türkei möglich sei, daneben stehe auch eine Bewaffnung zur Debatte. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu erklärte, die Türkei sei im Kampf gegen den Terrorismus auch zu einer Geheimdienstkooperation mit Irak bereit. Zudem erziele die Türkei auch Fortschritte im Kampf gegen den militanten Islamismus. So seien bisher bereits über tausend mutmaßliche Extremisten beim Versuch festgenommen worden, über die Türkei nach Syrien zu gelangen. Auch die Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten beim Informationsaustausch über mutmaßliche Jihadisten funktioniere inzwischen weit besser als früher.

Moscheen in Universitäten

Nach Plänen der obersten türkischen Religionsbehörde, dem Amt für Religionsangelegenheiten (Diyanet), soll es künftig an jeder staatlichen Universität eine Moschee geben. Der Präsident der Behörde, Mehmet Görmez, erklärte vergangene Woche, in mehr als 80 Hochschulen seien muslimische Gotteshäuser im Bau und 15 Moscheen bereits eröffnet. 2015 sollten mindestens 50 hinzukommen.

Syrien/Türkei

Teilrückzug der FSA aus Aleppo

Nach Berichten der türkischen Zeitung „Radikal“ vom 18.11.14 unter Berufung auf hochrangige Sicherheitskreise in Ankara sollen sich rund 14.000 Kämpfer der vom Westen unterstützten Freien Syrischen Armee (FSA) aus Aleppo zurückgezogen und die Verteidigung der zweitgrößten Stadt Syriens aufgegeben haben. Viele von ihnen seien in die Türkei geflohen. Seit Monaten hielt die FSA die nur rund 50 Kilometer von der türkischen Grenze entfernte Stadt Aleppo trotz Ansturms der syrischen Armee. Sollte es dieser gelingen, Aleppo zu erobern, rechnet die Türkei laut Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit bis zu zwei Millionen weiteren Flüchtlingen.

Syrien

US-Luftangriffe auf IS-Milizen fordern bisher mehr als 900 Tote

Nach Angaben der Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden bei US-Luftangriffen auf die Milizen des IS in Syrien bisher ca. 910 Menschen getötet. Die meisten gehörten dem IS und der al-Nusra-Front, einem Ableger der al-Qaida, an. Auch 52 Zivilisten, darunter acht Kinder und fünf Frauen, sollen ums Leben gekommen sein. Da der Zugang zu einigen der bombardierten Gebiete für die Informanten vor Ort schwierig ist, könnten die Zahlen auch noch höher sein. Die US-Luftwaffe hatte mit der Hilfe arabischer Verbündeter am 23.09.14 mit der Bombardierung der IS-Milizen in Syrien begonnen. Im Irak fliegen die USA und europäische Staaten Angriffe auf IS-Stellungen.

Circa 60 aus Deutschland stammende IS-Angehörige getötet

Nach Angaben des Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, sollen rund 550 Menschen aus Deutschland nach Syrien und Irak aufgebrochen sein, besonders in den letzten sechs Wochen. Circa 60 wurden getötet, etwa neun kamen bei Selbstmordanschlägen ums Leben. Circa 180 sollen nach Deutschland zurückgekehrt sein.

Iran

Studentin gegen Kautions freigelassen

Eine Studentin, die im Sommer dieses Jahres verhaftet worden war, weil sie versucht hatte, ein Spiel der iranischen Volleyball-Nationalmannschaft in Teheran zu besuchen, wurde gegen Kautions aus der Haft entlassen. Der Besuch von Sportveranstaltungen, bei denen Männermannschaften gegeneinander antreten, ist Iranerinnen verboten. Die Studentin war wegen der „Verbreitung von Propaganda gegen den Staat“ zu einem Jahr Haft verurteilt worden.

Israel

Bürgermeister von Ashkelon verbannt arabische Bauarbeiter

Itamar Shimoni, Bürgermeister der Großstadt Ashkelon, hat übergreifend – auch bei Regierungsmitgliedern – für Empörung gesorgt. Er verbannte alle arabischen Bauarbeiter, die z.Zt. an Grundschulen Bauarbeiten verrichten, auf unbestimmte Zeit. Er entschied, dass alle Baustellen, auf denen arabische Arbeiter Schutzräume für Schulen errichteten, stillgelegt würden. Demgegenüber erklärte Innenminister Gilad Erdan, dass bei allem Verständnis für die aktuelle Besorgnis der Bürger diese nicht auf eine ganze Bevölkerungsgruppe zurückfallen dürfe. Im Armeeradio griff Wissenschaftsminister Yaakov Perry den Bürgermeister Shimoni an

und sagte, der Versuch, die Beschäftigung von israelischen Arabern zu behindern, nur weil sie Araber seien, sei nicht nur rassistisch und unmoralisch, sondern auch gesetzeswidrig. Die Vorsitzende des Elternrates von Ashkelon, Avivit Simani, kritisierte die Maßnahmen als populistisch. Weil die Hafenstadt Ashkelon (nördlich des Gaza-Streifens, 110.000 Einwohner) im Sommer massiv mit Raketen und Granaten beschossen wurde, werden dort zahlreiche Bunkeranlagen errichtet.

Tunesien

Präsidentenwahl in Tunesien

Am 23.11.14 fand die erste freie Präsidentenwahl bei einer Wahlbeteiligung von 53 % statt. Es standen 28 Kandidaten zur Wahl. Die islamistische Ennahda hatte auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Nach ersten Prognosen verfehlte der 87-jährige Essebsi (Partei Nidaa Tounes, stärkste Partei im Parlament) mit circa 48 % die absolute Mehrheit. Der Übergangstaatschef Moncef Marzouki erhielt etwa 27 % der Stimmen. 100.000 Polizisten und Soldaten sicherten die Wahl, besondere Vorfälle wurden nicht bekannt. Die offiziellen Endergebnisse werden voraussichtlich am 26.11.14 vorliegen. Eine Stichwahl würde am 28.12.14 stattfinden.

Libyen

Ansar al-Scharia auf UN-Terrorliste

Der UN-Sicherheitsrat setzte am 19.11.14 auf Bestreben Frankreichs, Großbritanniens und der USA zwei Ableger der Islamistengruppe Ansar al-Scharia auf die schwarze Liste der Terrororganisationen. Es handelt sich dabei um Gruppen aus den beiden heftig umkämpften ostlibyschen Städten Derna und Bengasi mit Verbindungen zu al-Qaida. Die Sanktionen gegen sie umfassen ein Waffenembargo, Reiseeinschränkungen und Kontensperrungen.

Nigeria

Militärische Erfolge der Armee im Bundesstaat Adamawa

Am 19.11.14 gelang es der Armee, örtlichen Jägern und Angehörigen der Bürgerwehr Civilian Task Force gemeinsam, die von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram am 13.11.14 eingenommenen Städte Gombi, Hong und Pelia zurückzuerobern.

Angriffe der Boko Haram im Bundesstaat Borno auf Zivilisten

Am Mittag des 20.11.14 griffen im nordöstlichen Bundesstaat Borno mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram an den Ausläufern des Tschadsees beim Dorf Dogon Fili an einer von ihnen errichteten Straßensperre einen Konvoi von Fischhändlern an. Sie schnitten 48 von ihnen entweder die Kehlen durch oder ertränkten sie im See.

Vermutlich ebenfalls Boko-Haram-Kämpfer attackierten am Mittag des 19.11.14 das Dorf Azaya Kura (Mafa Local Government Area). Laut Angaben des Dorfvorstehers wurden mindestens 45 Dorfbewohner getötet. Ferner zerstörten die Angreifer die Hälfte der Häuser, setzten Fahrzeuge in Brand und stahlen Lebensmittel und Tiere.

DR Kongo

Massaker an Zivilisten im Osten

Am Abend des 20.11.14 sollen in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu in den Dörfern Tepiomba und Vemba (nahe der Distrikthauptstadt Beni) zwischen 50 und 80 Menschen von Bewaffneten in Armeeeinheiten mit Stichwaffen und Äxten getötet worden sein. Als Täter kommen Angehörige der ursprünglich in Uganda aktiven islamistischen Rebellengruppe ADF (Allied Democratic Forces) in Betracht, denen die Tötung von über 200 Dorfbewohnern seit Anfang Oktober 2014 in der Umgebung von Beni zugeschrieben wird. Neuerdings sollen Teile der Armee mit den ADF-Rebellen gemeinsame Sache machen.

Extralegale Tötung von mindestens 51 Jugendlichen durch Polizei

Laut einem am 18.11.14 von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) veröffentlichten Bericht hat die kongolesische Polizei im Rahmen einer Aktion zur Bekämpfung der Bandenkriminalität („Operation Likofi“, eiserne Faust) in der Hauptstadt Kinshasa mindestens 51 Jugendliche extralegal getötet. Weitere 33 seien während der am 15.11.13 begonnenen dreimonatigen Operation festgenommen worden und sind seither spurlos verschwunden.

UNHCR besorgt über die humanitäre Lage in Provinz Katanga

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) äußerte sich am 18.11.14 tief besorgt über die katastrophale humanitäre Lage in der südlichen Provinz Katanga. Mit 600.000 Binnenvertriebenen ist Katanga neben den östlichen Provinzen Nord- und Süd-Kivu am stärksten im Kongo von Flucht und Vertreibung betroffen. 400.000 Menschen sind seit Ende 2012 und über 71.000 allein in den letzten drei Monaten geflohen. Am schlimmsten ist die Lage im Norden von Katanga im Territory Kalemie sowie im sog. „Dreieck des Todes“ zwischen den Städten Manono, Mitwaba und Pweto. Die Zivilbevölkerung leidet unter Plünderungen, dem Niederbrennen von Häusern, Erpressung, Folter, Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierungen in bewaffnete Gruppen sowie sexueller Gewalt. Ursächlich sind die Anfang des Jahres ausgebrochenen Gewalttätigkeiten zwischen den Ethnien der Luba und Twa sowie Angriffe der Mai-Mai-Miliz „Bataka Katanga“ und Aktivitäten des Militärs.

Burkina Faso

Zida zum Übergangspräsidenten ernannt

Am 19.11.14 wurde Oberstleutnant Isaac Zida vom Übergangspräsidenten Michel Kafando zum Premierminister einer noch zu bildenden Übergangsregierung ernannt. Kafando selbst war erst am 17.11.14 von einem Wahlkomitee zum Übergangspräsidenten bestimmt worden und hatte damit den bisherigen Militärmachthaber Isaac Zida abgelöst. Als eine der ersten Amtshandlungen entließ Zida zahlreiche Funktionäre und Amtsträger, die dem Ende Oktober 2014 gestürzten Ex-Präsidenten Blaise Compaoré nahegestanden haben. So suspendierte er Stadt- und Regionalräte und entließ den Chef der staatlichen Elektrizitätsbetriebe Sonabel. Die Übergangsphase in Burkina Faso soll spätestens im November 2015 mit allgemeinen Wahlen enden.

Côte d'Ivoire

Soldatenproteste

Zahlreiche Soldaten haben in den vergangenen Tagen mit Aktionen in mehreren Städten die Auszahlung ausstehender Gehälter gefordert. In der zweitgrößten Stadt Bouaké errichteten sie Barrikaden und besetzten vorübergehend den Sitz des staatlichen Fernsehens. In der Wirtschaftsmetropole Abidjan (Regierungssitz) hielten Soldaten großflächig den Verkehr auf. Verteidigungsminister Koffi rief zu einem Ende der Proteste auf und kündigte Zahlungen an die rund 9.000 Soldaten an. Es handelt sich um ehemalige Rebellen, die nach dem Ende der bürgerkriegsähnlichen Zustände im Zuge der umstrittenen Präsidentschaftswahlen Mitte 2011 in die Streitkräfte integriert wurden. Sie fordern u.a. eine Bezahlung für einen Teil ihrer Zeit als Rebellen sowie Prämien für den Wechsel in die Armee.

Kenia/Somalia

Al-Shabaab verübt Anschlag auf Bus/Vergeltungsmaßnahmen des Militärs

Am 22.11.14 erschossen Kämpfer der al-Shabaab mindestens 28 Insassen eines Reisebusses. Die Islamisten brachten den Bus im Dorf Arabia im Bezirk Mandera in ihre Gewalt und fuhren ihn an die somalische Grenze. Dort erschossen sie alle Reisenden, die nicht in der Lage waren, Verse aus dem Koran vorzulesen. Die etwa 100 Kämpfer flohen zu Fuß nach Somalia. Die Miliz bekannte sich zu dem Anschlag. Ihrem Sprecher Sheikh Ali Mohammed Rage zufolge sei dies eine Vergeltung für „die Schändung von Moscheen, Tötungen und Verhaftungen von Muslimen in Kenia“ gewesen. Das kenianische Militär verfolgte die Täter nach Somalia, wo es nach offiziellen Angaben deren Lager aufspürte und mehr als 100 Personen tötete.

Razzien in Moscheen

Bei Razzien in zwei Moscheen in Mombasa, die Sicherheitsbehörden als Rekrutierungsstellen für al-Shabaab gelten, wurde am 17.11.14 eine Person getötet. Es wurden u.a. Handgranaten, eine Pistole und Messer sichergestellt und die Moscheen vorübergehend geschlossen. In einer Vergeltungsaktion randalierten Jugendliche daraufhin am 18.11.14 und töteten mindestens drei Menschen. Am 19.11.14 fanden die Sicherheitskräfte Waffen bei Razzien in zwei weiteren Moscheen und schlossen auch diese vorübergehend. Von insgesamt 376 Festgenommenen wurden 91 zwischenzeitlich freigelassen.

Somalia

Attentate

In der Region Mudug töteten Unbekannte am 19.11.14 einen Journalisten. Es handelt sich um den dritten Mord an einem somalischen Journalisten in diesem Jahr.

Vermutlich al-Shabaab-Kämpfer erschossen am 18.11.14 in Mogadischu einen somalischstämmigen US-Bürger. Der Ingenieur arbeitete im Auftrag der somalischen Regierung als Stadtplaner.

Ebenfalls vermutlich al-Shabaab-Angehörige schossen am 17.11.14 Mörsergranaten auf den Präsidentenpalast in Mogadischu ab. Personen kamen nicht zu Schaden.

Mit einer Autobombe töteten in Mogadischu am 16.11.14 Unbekannte einen Beamten der Einwanderungsbehörde und einen Zivilisten.

Misstrauensvotum

Das Misstrauensvotum gegen Premierminister Abdiweli Sheikh Ahmed (vgl. BN v. 17.11.14) soll am 24.11.14 erneut Gegenstand einer Sitzung des Parlaments sein.

Sudan

Ermittlungsverbot nach Vergewaltigungsberichten

Nach Berichten über Massenvergewaltigungen an etwa 200 Frauen und Mädchen durch sudanesischen Soldaten in dem Dorf Tabit in Norddarfur verbot die sudanesischen Regierung am 18.11.14 erneute Ermittlungen der UN vor Ort.

Bereits am 31.10.14 sollen Armeeeingehörige – möglicherweise als Vergeltungsaktion für das Verschwinden eines Soldaten – die Taten begangen haben. Die Vorwürfe hatten die Bevölkerung der Region erzürnt und Spannungen steigen lassen. Nachdem Vertretern der UNAMID (United Nations Mission in Darfur bzw. African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur) zunächst ein Besuch der Ortschaft verweigert worden war, erhielten sie am 09.11.14 erstmals Zugang. Beweise fanden sie nicht. Allerdings sollen die Einwohner von den Streitkräften eingeschüchtert worden sein. Zur Begründung der Untersagung einer neuerlichen Untersuchung gab das sudanesischen Außenministerium Sicherheitsbedenken an.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte die Regierung auf, den UNAMID-Vertretern umgehend Zugang zu gewähren.

Kosovo

Einigung auf Regierungskoalition

Nach monatelangem Stillstand (vgl. BN v. 16.06.14, 28.07.14 u. 03.11.14) einigten sich die beiden größten Parteien, die Demokratische Partei Kosovos (PDK) und die Demokratische Liga (LDK), am 19.11.14 auf eine Regierungskoalition. Isa Mustafa (LDK), derzeit Parlamentspräsident und früherer Bürgermeister von Priština, soll vermutlich Premierminister werden, während die LDK den Parlamentspräsidenten stellen soll. Beide Parteien verfügen im Parlament (120 Sitze) über 67 Abgeordnete. Ihnen wollen sich noch die 20 Abgeordneten der Minderheiten anschließen, so dass eine breite Mehrheit gesichert ist. Die Vereinbarung ebnet auch den Weg zur Konstituierung des Parlaments, die wegen der politischen Blockade bereits zweimal gescheitert war.

Nach der Wahl am 08.06.14 hatte die PDK unter Ministerpräsident Hashim Thaci keinen Koalitionspartner finden können, da die Oppositionsparteien gemeinsam eine Regierung bilden wollten. Erst auf Druck der

USA und der EU ist die neue Koalition zustande gekommen. Das große Misstrauen zwischen den Parteien verhinderte bisher jede politische Übereinkunft. Die Beziehungen zwischen PDK und LDK sind seit Jahren äußerst angespannt. Die PDK ist aus der Befreiungsarmee UÇK hervorgegangen, während die LDK eine nichtmilitärische Politik im Konflikt mit Serbien verfolgte. Die Einigung stößt auf heftige Kritik bei den Oppositionsparteien, die der LDK Verrat vorwirft.

Ukraine

Politische und ökonomische Lage in der Ostukraine

Trotz des am 05.09.14 vereinbarten Waffenstillstands gehen die Kämpfe in der Ostukraine mit unverminderter Härte weiter. Seit Beginn der sog. Feuerpause kamen fast 1.000 Menschen um. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf die Großstädte Donezk und Luhansk. Laut Gerüchten steht eine Offensive der Separatisten unmittelbar bevor; die NATO bestätigte russische Militärtransporte in der Ostukraine.

Der monatelange Konflikt hat auch deutliche ökonomische Auswirkungen. Laut einem vertraulichen Dokument, das einem deutschen Nachrichtenmagazin vorliegt, ist in weiten Teilen der Ostukraine die Wirtschaft zum Erliegen gekommen und die Versorgungslage katastrophal. Die Industrieproduktion sank allein im Gebiet Donezk um 59 % im Vergleich zum Vorjahr und um 85 % im benachbarten Luhansk. 40.000 ostukrainische Kleinbetriebe haben Bankrott anmelden müssen. Sämtliche Chemiefabriken der Region stehen still, ebenso 69 von 93 Kohleminen und sieben Stahlbetriebe. Mittlerweile verlor mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ihre Arbeit. Die Lebensmittelproduktion brach um bis zu 30 % ein und fast 5.000 Wohnhäuser wurden zerstört. Es droht eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe. Laut Bericht flohen 2014 rund eine Million ukrainische Staatsangehörige nach Russland und etwa 400.000 in andere Regionen der Ukraine.

China

Situation in Hongkong

Chinesische Behörden verhinderten am 15.11.14 an Hongkongs internationalem Flughafen die Abreise mehrerer führender Studentenvertreter und Aktivisten der Protestbewegung Hongkongs nach Festlandchina. Die Aktivisten hatten versucht, in Peking mit Chinas Führung Gespräche über die Ziele der Bewegung zu führen. Am 18.11.14 räumten Polizisten und Arbeiter Straßensperren an einem Protestlager im Stadtteil Admiralty, nachdem ein Gericht dies angeordnet hatte. Die Aktion verlief friedlich. Am 19.11.14 versuchten Demonstranten, gewaltsam in das Gebäude des Hongkonger Parlaments (Legislative Council) einzudringen. Mehrere wurden festgenommen.

Seit Ende September blockieren Demonstranten wichtige Verkehrswege, um die demokratische Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 durchzusetzen.

Mongolei

Neuer Ministerpräsident

Am 21.11.14 wählte das Parlament Chimed Saikhanbileg von der Demokratischen Partei zum Ministerpräsidenten. Die stärkste Oppositionspartei, die Mongolische Volkspartei, boykottierte die Abstimmung, kündigte jedoch an, Saikhanbileg unterstützen zu wollen.

Am 05.11.14 hatte das Parlament Ministerpräsident Norov Altankhuyag des Amtes enthoben. Ihm waren u.a. Vetternwirtschaft und Korruption vorgeworfen worden. Der neue Ministerpräsident muss innerhalb von 14 Tagen eine Regierung bilden.

Myanmar

Tote bei Militäraktion im Kachin State

Bei einem Artillerieangriff des Militärs auf ein Trainingslager der Rebellenbewegung Kachin Independence Army (KIA) in Laiza (Kachin State) starben am 19.11.14 mindestens 22 Kämpfer verschiedener Rebellenor-

ganisationen. Ein seit 1994 bestehender Waffenstillstand zwischen den Rebellen der KIA und der Regierung endete durch Angriffe des Militärs 2011. Seither kommt es immer wieder zu Gefechten. Die KIA gehört zu den wenigen Rebellengruppen, die kein bilaterales Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung geschlossen haben. Derzeit laufen mit mehr als einem Dutzend Rebellengruppen landesweite gemeinsame Verhandlungen.

Nordkorea

Resolution für Verfahren gegen Nordkorea

Der Menschenrechtsausschuss der UN-Vollversammlung stimmte am 18.11.14 in New York für eine Resolution, in welcher der UN-Sicherheitsrat aufgerufen wird, den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag mit einem Verfahren gegen Nordkorea zu beauftragen. Damit könnte die Führung Nordkoreas persönlich vor dem Gericht angeklagt werden. Die von der EU und Japan formulierte Resolution stützt sich auf einen UN-Bericht vom Februar, der schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit insbesondere im System der Arbeitslager beschreibt. Die UN-Vollversammlung dürfte die Resolution im Dezember beschließen. Russland und China könnten jeweils mit einem Veto eine Annahme im Sicherheitsrat verhindern.

Kolumbien

Regierung setzt nach Entführung Gespräche mit FARC aus

Weil die Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) am 16.11.14 in der Ortschaft Las Mercedes in der Provinz Choco einen General der Streitkräfte und zwei weitere Personen entführt hatte, setzte Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos die Friedensgespräche mit der Rebellenbewegung (seit zwei Jahren in Havanna/Kuba) aus. Eine für diese Woche angekündigte Übergabe der Gefangenen drohten die Rebellen angesichts nun starker Militärpräsenz abzusagen.